

# Lage und Auftrag Berlins im Herbst 1983

Vor knapp 2½ Jahren nahm der von Richard von Weizsäcker geführte Senat seine Arbeit auf. Berlin befand sich zu dieser Zeit in einer schlimmen Lage. Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Führung, Finanzkrise, steigende Arbeitslosenzahlen, ungebremster Ausländerzuzug, Asylantenschwemme, Wohnungsmangel bei gleichzeitigem Wohnungsleerstand, die Hausbesetzungen, Krawalle und Gewalt auf den Straßen — das waren die Probleme und zugleich die negativen Schlagzeilen, durch die Berlin auf sich aufmerksam machte. Ein tiefer Pessimismus schien die ganze Stadt ergriffen zu haben.

**I**N dieser Situation formulierte der neu gewählte Regierende Bürgermeister in seiner Regierungserklärung am 2. Juli 1981: „Ein neuer Aufbruch für Berlin: das fordert der Senat von sich selbst. Dazu ruft er die Berliner auf.“

Im Oktober 1983 sind nicht alle Probleme gelöst, aber auch kritische Beobachter räumen ein, daß sich die Lage grundlegend zum Besseren verändert hat. Die Wirtschafts- und Finanzprobleme der Stadt wurden gründlich und langfristig angepackt, die Wachstumsraten beim Ausländerzuzug wurden deutlich verringert und die Asylantenschwemme gestoppt. Der innere Frieden ist wiederhergestellt. Das Ansehen Berlins als Symbol und Treuhänderin der deutschen Geschichte ist gestiegen. Das politische Gewicht Berlins ist gewachsen.

## Die innere Lage

Die Sicherheit Berlins, das Engagement der westlichen Schutzmächte und die Bindungen Berlins an den Bund, das alles ist abhängig von der inneren Lage der Stadt. Die Lebenskraft und die Lebensfähigkeit Berlins sind der beste Beitrag zur äußeren Sicherheit und umgekehrt: Wer es zuließe, daß Berlin innenpolitisch, kulturell und vor allem wirtschaftlich zu einer sterbenden Stadt würde, der gefährdete unmittelbar die äußere Lage Berlins und damit die Freiheit der Berliner.

### 1. Zukunftssichere Arbeitsplätze durch Erneuerung der Wirtschaft

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt stellt dem Berliner Senat die größte und wichtigste politische Aufgabe. Der Senat begegnet dieser Herausforderung mit einer auf die Beseiti-

gung der Arbeitslosigkeit gerichteten langfristigen Strukturpolitik, die durch Erneuerung die Substanz der Wirtschaft verbessert, anstatt veraltete Arbeitsplätze künstlich zu erhalten. Sie wird durch direkte und sofort wirksame Maßnahmen zur Arbeitsmarktentlastung und zur Nachfrageverstetigung ergänzt.

Berlin hat über Jahre hinweg einen Prozeß der Auszehrung und des Substanzverlustes im verarbeitenden Gewerbe durchlebt, der in der übrigen Bundesrepublik ohne Beispiel ist. Insbesondere in den siebziger Jahren kam es zu einem dramatischen Arbeitsplatzabbau. Im verarbeitenden Gewerbe gingen im Jahresdurchschnitt 10 000 Arbeitsplätze verloren. Dieser Prozeß läßt sich nicht allein auf den Verlust der Hauptstadtfunktion Berlins zurückführen. Falsche Förderungsmechanismen und eine zu sehr auf die Erhaltung veralteter Wirtschaftsstrukturen bedachte Politik sind wesentliche Ursachen für die vergangene Auszehrung Berlins. Es wurden die Standortnachteile Berlins akzeptiert und durch Subventionen kompensiert, anstatt die vorhandenen Standortvorteile wahrzunehmen und zu fördern.

Diesen zweiten Weg geht jetzt der Berliner Senat. Er setzt auf die Modernisierung der Berliner Wirtschaft und die Steigerung der Qualität der Arbeitsplätze. Hochwertige Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung werden auf die Dauer viele andere Arbeitsplätze in modernen Produktionen mit sich bringen. Qualität wird in Quantität umschlagen.

Diesem Ziel dienten

- die — kostenneutral durchgeführte — Änderung der Berlinförderung, die die in Berlin selbst erbrachte qualifizierte Wertschöpfung als Anrechnungsfaktor für Steuerpräferenzen besonders begünstigt,
- die Strukturprogramme des Berliner Senats mit dem Hauptziel, die Innovationskraft insbesondere der klein- und mittelständischen Unternehmen zu stärken,
- die Bemühungen um eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die einer richtungweisenden Berliner Tradition entspricht und
- die Wirtschaftskonferenz vom Dezember 1982, auf der viele arbeitsplatzwirksame Vorhaben der deutschen Wirtschaft angekündigt wurden.

Bundeskanzler Kohl, der zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister die Initiative zu dieser Konferenz ergriffen hatte, erklärte dazu: „Ich bin davon überzeugt, daß die Rahmenbedingungen, die in Berlin gegeben sind, überdurchschnittliche Chancen bieten, die genutzt werden sollten.“ Inzwischen werden alle Vorhaben zügig verwirklicht.

Neben diesen mittelfristig wirkenden Maßnahmen hat der Senat auch Anstrengungen unternommen, die die Lage auf dem Arbeitsmarkt sofort spürbar verbessert haben. Dazu gehören Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen insbesondere für junge Menschen sowie die Belebung der öffentlichen Nachfrage, insbesondere im Baubereich.

## Erste Erfolge sind sichtbar:

Die Berliner Industriebank meldet einen Anstieg der in Berlin geplanten Investitionen der Industrie, der in den ersten acht Monaten des Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum 36 Prozent beträgt.

Nun schon im dritten Jahr ziehen mehr deutsche Erwerbspersonen nach Berlin als Berlin verlassen.

Zum ersten Mal seit Jahren wird die Leitung eines großen Unternehmens nach Berlin verlagert.

Während in den letzten beiden Jahren im September bereits wieder eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war, registriert Berlin in diesem Jahr wie schon im Juli und August — auch saisonbereinigt — eine Abnahme. Der nach wie vor bestehende negative Abstand hat sich gegenüber dem übrigen Bundesgebiet von 1,7 auf 1,0 Prozentpunkte in wenigen Monaten verringert. Sechs Bundesländer haben inzwischen eine höhere Arbeitslosenquote zu beklagen als Berlin mit seinen 9,6 Prozent.

Besonderes Augenmerk richtete der Senat auf ein Programm zur Förderung der Berufsausbildung. Damit konnte der Bestand an Ausbildungsverhältnissen von 1981 auf 1982 um 8,3 Prozent erhöht werden. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber 1974 um 118 Prozent. Für 1983 ist eine nochmalige Erhöhung zu erwarten. Berlin liegt damit an der Spitze aller Bundesländer.

Die wirtschaftliche Lage Berlins bleibt ernst. Man kann nicht in zwei Jahren wieder gutmachen, was in 20 Jahren versäumt wurde. Es gibt aber vielversprechende Anzeichen dafür, daß vor allem durch die bisherigen Maßnahmen des Senats die Wirtschaft Berlins die Konjunktur- und Strukturkrise besser durchzustehen in der Lage ist, als sie es in früheren Krisen konnte und es andere vergleichbare Regionen heute können.

Selbst kritische und unabhängige Beobachter sind von dem wirtschaftspolitischen Kurs des Weizsäcker-Senats beeindruckt. Die „ZEIT“ schreibt am 6. Oktober 1983: „Eine Pirouette an der Spree bringt allein noch nicht die große Wende. Aber vielleicht haben die Berliner im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit den richtigen Dreh gefunden.“

## 2. Mehr soziale Gerechtigkeit durch Subsidiarität

Auch im Bereich der Sozialpolitik hat sich die Lage seit dem Amtsantritt des Weizsäcker-Senats grundlegend verbessert. Die Richtung seiner Sozialpolitik versteht der Senat so:

Der Staat muß dem Menschen helfen, der dies braucht. Gleichzeitig hat er den Bürger zu der Eigenverantwortung herauszufordern, die dieser leisten kann und die ihn am Ende auch mehr zufriedenstellt als der untaugliche Versuch, Gerechtigkeit durch Gleichheit zu ersetzen.

Berlin ist es als erstem Bundesland gelungen, vom 1. Januar 1983 an das Familiengeld einzuführen. Es soll die Eltern in der ersten Lebensphase ihres Kindes bei dessen Pflege und Erziehung ermutigen und unterstützen. Die Regelung sieht vor: Zunächst für die Dauer des 1. Lebensjahres wird ein Grundbetrag von je 1500 DM in zwei Raten gezahlt. Wenn die Berechtigten keiner oder nur einer geringfügigen Erwerbstätigkeit nachgehen, wird ein Zusatzbetrag von je 900 DM gezahlt. Das Familiengeld wird ein-kommensabhängig gewährt.

Die Einführung des Familiengeldes bedeutete keine Ausweitung des Haushaltsvolumens. Der Senat hat vielmehr durch Konzentration der bisherigen kinder- und familiopolitischen Leistungen auf die wirklich Bedürftigen die Mittel zur Finanzierung des Familiengeldes freigemacht, so z. B. durch die Ersetzung des „Nulltarifs“ in den Kindertagesstätten durch ein sozial gestaffeltes Beitragssystem.

In Berlin gibt es ca. 1200 bis 1500 Selbsthilfegruppen, die sich durch eine große Bunt-heit und Vielfalt auszeichnen. Ohne es ausdrücklich so zu nennen, praktizieren viele

Selbsthilfegruppen das Prinzip der Subsidiarität und der Toleranz. Der Senat von Berlin hat deshalb neben der traditionellen Förderung der freien Wohlfahrtsverbände erstmals einen Jahrespauschalansatz von 10 Millionen DM für die Arbeit der Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt.

In praktische Politik umgesetzt hat der Senat das Prinzip der Subsidiarität auch im Bereich der Krankenpflege. Nach dem Grundsatz „soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie nötig“ sind bisher ca. 50 Sozialstationen geschaffen worden. Von dort aus wird der Kranke in seiner häuslichen Umgebung gepflegt und betreut. Das hat zwei Vorteile: Der Kranke fühlt sich zu Hause wohler als in einem Krankenhaus, und gleichzeitig können Kosten im Gesundheitswesen gespart werden.

**Der Senat ist dazu übergegangen, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber in größter Zahl zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen. Dafür ist er zum Teil kritisiert worden, inzwischen beginnen auch andere Bundesländer damit.**

Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Waren im Dezember 1981 noch 19 000 Asylbewerber mit Anspruch auf Sozialhilfe gezählt worden, so sind es im Juni 1983 nur noch 8 400 gewesen. Das Asylrecht bleibt unangetastet. Aber niemand soll im unklaren darüber sein, daß und wieviel staatliche Unterstützung er überhaupt erhält. Und jeder, der dazu fähig ist, soll eine sichtbare und zumutbare Gegenleistung für diese staatliche Unterstützung erbringen.

Seit dem Beginn der siebziger Jahre sind die Ausgaben für den Sozialbereich stärker gestiegen als für jeden anderen staatlichen Bereich. Über die finanziellen Auswirkungen dieser Entwicklung wird allerorten diskutiert. Genauso wichtig, vielleicht noch wichtiger, sind die nichtfinanziellen Auswirkungen. Ausgerechnet den Sozialstaat in Form von Helfern, Pflegern, Heimen, Sozialgerichten und anderen Institutionen empfinden viele Mitbürger geradezu als Bedrohung. Und die Menschen werden nicht glücklicher, wenn sie für teures Geld, das sie nicht einmal bezahlen, in vielerlei Hemen liegen mit einer oft rührenden, aber eben fremden Betreuung.

Viele Menschen in Therapie- und anderen Selbsthilfegruppen, in der Nachbarschaftshilfe, in Bastlergruppen, Kleingärten oder Genossenschaften beginnen, selbst etwas für sich zu tun und nicht nur zu fragen, was andere für sie tun können.

Der Sozialstaat steht heute vor neuen Bewährungsproben, die neue Antworten verlangen. Es sind Antworten, die sich nicht ohne weiteres in alte parteipolitische Grenzen zwingen lassen, die an Besitzstände röhren und die oft unkonventionell sind. Der Senat von Berlin entwickelt Ansätze zu diesen neuen Antworten, vor allem, aber nicht nur, in seiner Sozialpolitik. Berlin hat hier besondere Aufgaben, weil die Probleme hier sichtbarer sind und früher aufgetreten als anderswo.

### **3. „Miteinander leben“ — die Ausländerpolitik des Berliner Senats**

Die Ausländerpolitik gehört unverändert zu den Schwerpunkten der Arbeit des Berliner Senats.

Es gibt nicht das Ausländerproblem, aber es gibt große Schwierigkeiten im praktischen Zusammenleben zwischen Menschen mit unterschiedlichen Gewohnheiten und verschiedenartiger kultureller Herkunft.

Die Ausländerpolitik des Senats hat zwei Eckpfeiler,

- den Ausländeranteil durch Zuzugsbeschränkung und Förderung der Rückkehrbereitschaft zu begrenzen und
- die Voraussetzungen für die Integration der Ausländer, die hier leben und bleiben wollen, zu verbessern.

**Begrenzungspolitik hat nicht Vorrang vor der Integrationspolitik, im Gegenteil: Vorrangiges Ziel der Politik des Berliner Senats ist und bleibt eine möglichst weitreichende Integration der Ausländer unter Wahrung ihrer kulturellen Identität. Aber dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Zahl der Ausländer nicht weiter wächst.**

In diesem Punkt ist es zu einer Umkehrung des jahrelang hohen und in seinen tiefgreifenden Auswirkungen belastenden Zuwachses an Ausländern gekommen. Wuchs die Zahl der Ausländer im Jahre 1980 noch um 23 000, so verringerte sich diese Zahl 1981 bereits auf 13 000. Seit Mitte 1982 hat es eine nennenswerte Zunahme nicht mehr gegeben.

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker unternahm im Frühjahr 1983 eine vielbeachtete Reise in die Türkei. Dort fand er in wachsendem Maße Verständnis dafür, daß die Zahl der Türken nicht mehr nennenswert ansteigen darf. Gleichzeitig erklärte er, daß es in Berlin weder die rechtliche Möglichkeit noch die politische Absicht gäbe, einen Türken zur Rückkehr in sein Land zu nötigen, der bei uns im Rahmen des geltenden Rechts lebt.

#### **4. Wohnungspolitik: Besonnene Behutsamkeit und klare Konsequenz**

In kaum einem Bereich hat der Weizsäcker-Senat eine derart trostlose Lage vorgefundene wie in dem der Wohnungspolitik. Das galt für das Hausbesetzerproblem ebenso wie für die Bau- und Sanierungspolitik.

Der Senat hat sofort und wirksam gehandelt.

Der Wohnungsleerstand wurde auf das absolut erforderliche Mindestmaß begrenzt. Die Sanierungspolitik verfährt nach dem Grundsatz: Instandsetzung vor Modernisierung und Modernisierung vor Abriß. Diese Politik der Behutsamkeit der Stadterneuerung bedeutet nicht nur Behutsamkeit im Umgang mit der Bausubstanz und den Wohnungen, sondern vor allem auch Behutsamkeit im Umgang mit den Bewohnern der Stadt.

**Auf diese Weise konnten 1982 35 000 Wohnungen renoviert werden, während es in den früheren Jahren nur zwischen zehn- und zwanzigtausend Wohnungen waren.**

Neben der Sanierung wird auch der Wohnungsneubau in Zukunft in Berlin von großer Bedeutung bleiben. Das ehrgeizige, ständig an der Nachfrage orientierte Ziel des Senates hat dazu geführt, daß in keinem Ballungsgebiet in der Bundesrepublik im Verhältnis zur Einwohnerzahl so viele neue Wohnungen gebaut wurden und werden wie in Berlin.

Im Bereich der Hausbesetzungen ist die Aufgabe, die sich der Senat am Anfang der Legislaturperiode gestellt hat, in zügiger Erledigung begriffen.

**Durch die differenzierte Linie der Konsequenz und Besonnenheit ist es gelungen, die Zahl der besetzten Häuser von 169 auf zur Zeit 45 zu verringern. Dies gelang in der**

weit überwiegenden Zahl der Fälle durch einvernehmliche Lösungen. Neue Besetzungen werden nicht mehr zugelassen. Der Senat hat sich vorgenommen, das Problem der Hausbesetzungen bis zum Ende der Legislaturperiode vollständig zu lösen.

Gleichzeitig mit der Verringerung der Hausbesetzungen ging die Zahl des damit verbundenen Demonstrationsgeschehens stark zurück. Fanden z. B. 1981 noch 40 Aufzüge mit insgesamt 70 000 Teilnehmern allein zum Thema Wohnungsneubau und Hausbesetzungen statt, so waren es 1982 noch 32 mit ca. 30 000 Teilnehmern. Im ersten Halbjahr 1983 gab es dagegen nur noch 7 Aufzüge mit ca. 7 000 Teilnehmern.

Die differenzierte Linie des Senats führte dazu, daß der innere Friede in Berlin wiederhergestellt und das Vertrauen der Bürger in die Geltung des Rechts wiedergewonnen ist.

## Berlins nationale Aufgabe

Der Senat von Berlin und alle Berliner sind dankbar für die Hilfe, die Berlin aus dem übrigen Bundesgebiet erhält. Sie dient dem Ausgleich des Standortnachteils Berlins, nicht der Bevorzugung gegenüber anderen Regionen.

**Berlin ist aber nicht nur eine nationale Aufgabe. Vor allem anderen hat es eine nationale Aufgabe für 75 Millionen Deutsche.**

Nirgends so gut wie in Berlin lassen sich die gemeinsamen geschichtlichen Wurzeln für unsere heutige Lage offenlegen und bearbeiten. Deutsche Geschichte ist in Berlin auf den Straßen und Plätzen für jedermann sichtbar. Der Senat von Berlin unterschätzt den Einfluß von Geschichte auf die Zukunft nicht. Lange Jahre ist belächelt worden, wie in der DDR das Bewußtsein für geschichtliche Entwicklungen wuchs, nicht nur das staatlich verordnete Bewußtsein. Heute empfindet der Senat die Beschäftigung mit der Geschichte als eine Herausforderung, der in Berlin für alle Deutschen begegnet werden kann. Eine besondere Rolle spielt dabei der Plan zur Schaffung eines auch konzeptionell ganz neuartigen Forums für Geschichte und Gegenwart im Martin-Gropius-Bau.

Der Bundeskanzler widmete eine wichtige Passage seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 diesem Punkt und sagte: „Wir, die Bundesregierung, wollen bei der Verwirklichung helfen, und wir wünschen, daß das neue Museum im Jubiläumsjahr 1987 seine Tore öffnen kann.“

In Berlin sind in den Phasen äußerer Bedrohung die Grundlagen für die deutsche Zugehörigkeit zur westlichen Allianz gelegt worden. Das Viermächteabkommen von Berlin war und ist ein Zeichen dafür, daß man Verträge von unterschiedlichen Grundpositionen aus mit guten und dauerhaften praktischen Ergebnissen für die Menschen schließen kann.

**Sicherheits- und Entspannungsbereitschaft als Grundlage einer aktiven Ostpolitik erfahren ihre entscheidende Förderung durch die Existenz Berlins und durch die Politik des Berliner Senats, der sich hierin in völliger Übereinstimmung mit der Bundesregierung weiß.**

Nirgends so gut wie von Berlin aus kann man sensibel und mit Gespür die steigende Bereitschaft fördern, sich für das, was die Menschen jenseits der Mauer bewegen, zu interessieren. Niemand weiß das so gut wie die Deutschen in der DDR. Sie kennen die

Bedeutung und die Aufgabe Berlins für den Kontakt und den Zusammenhalt der deutschen Nation.

## Innerdeutsche Beziehungen, von Berlin aus gesehen und gefördert

Die Deutschlandpolitik ist wieder in Bewegung geraten. Deutlichstes Zeichen dafür ist die Absicherung eines Bankkredits in Höhe von einer Milliarde DM an die DDR. Darin lag das Signal einer ausgestreckten Hand in einer angesichts der allgemeinen Ost-West-Situation schwierigen Zeit. Gegensignale bleiben nach der Auffassung des Berliner Senats weiter erforderlich und möglich.

Der Abbau der Selbstschußanlagen, die Veränderung beim Zwangsumtausch für Kinder und die Regelungen bei Familienzusammenführungen sind Schritte in eine richtige Richtung und damit ein guter Anfang, aber nicht mehr.

Dem Berliner Senat geht es vor allem darum, den menschlichen Reiseverkehr in Richtung auf mehr Freifügigkeit zu verstärken, und zwar nicht nur von Westen nach Osten, sondern insbesondere auch von Osten nach Westen. Das Ziel des Beharrens gerade auf diesem Punkt ist nicht Polemik oder eine gezielte Überforderung der DDR, sondern die Förderung einer Entspannung, die für die Menschen verständlich und spürbar ist.

Am 15. September dieses Jahres trafen der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker und der Generalsekretär der SED Erich Honecker zusammen. Das Treffen erfolgte in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler und mit dem Einverständnis der Alliierten. Es bedeutet einen Markstein in der Deutschlandpolitik im ganzen und in der Geschichte Berlins im besonderen.

Gerade wenn vorhandener oder befürchteter Konfliktstoff Gespräche erschwert, sind sie notwendig. Der besondere Status Berlins ist durch das Zusammentreffen Weizsäckers mit Honecker weder rechtlich noch politisch verändert worden. Deutsche Politiker müssen miteinander anders als Vertreter ausländischer Staaten reden.

Ein Gesprächsgegenstand war das Ost-West-Verhältnis und dabei vor allem die Verhandlungen in Genf über die Mittelstreckenraketen. Daneben ging es um die Deutschlandpolitik und die Berliner Interessen dabei. Drei Themen sind dabei für Berlin von besonderer Wichtigkeit:

**S-Bahn:** Die vom Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin vorgetragene Grundsatzposition ist inzwischen von der DDR-Führung beantwortet worden. Der Berliner Senat bemüht sich um die notwendige Beschleunigung bei der Abstimmung mit der Bundesregierung und den Alliierten, damit die Verhandlungen so bald als möglich aufgenommen werden können.

**750-Jahr-Feier:** Berlin begeht im Jahre 1987 seinen 750. Geburtstag. Es ist das erste Stadtjubiläum, das die Stadt geteilt erlebt, aber es ist der Geburtstag der ganzen Stadt Berlin. Deshalb soll die 750-Jahr-Feier zum Gegenstand von Kontakten und gegenseitigen Informationen der beiden Teile Berlins gemacht werden. Gesprächsebene und Gesprächspartner für diese Kontakte sind bereits festgelegt.

Eine gemeinsame Geburtstagsfeier wird es wohl nicht geben. Der Senat bereitet aber ein Jubiläum vor, dessen Kennzeichen nicht Abgrenzung, sondern Offenheit nach innen und außen sein wird.

**Reinhaltung der Luft:** Aufgrund der Großfeuerungsanlagen-Verordnung wird von ungefähr 7 Milliarden DM für Luftreinhaltungsmaßnahmen in der ganzen Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) allein in Berlin eine Milliarde DM investiert. Niemand wird bestreiten, daß den größten Nutzen davon Ost-Berlin und die DDR haben wird. Deshalb drängt der Senat von Berlin auf Verabredungen mit und auf Maßnahmen durch die DDR-Führung, die der Reinhaltung der gemeinsamen Berliner Luft dienen.

## Begründete Zuversicht für die Zukunft Berlins

Berlin ist keine Stadt wie jede andere. Reine Stadtpolitik kann und will Berlin nicht betreiben. Nahezu jedes Problem, das andernorts rein kommunalpolitisch zu beurteilen und zu lösen ist, hat in Berlin unmittelbar und für jedermann sichtbar mit dem Ost-West-Verhältnis zu tun. Das gilt für die Müllabfuhr, die Energieversorgung wie für die wirtschaftliche Lage überhaupt. Ebenso wichtig bleibt aber für die Lebenskraft, die Lebensfähigkeit und damit für die Zukunft Berlins der geistige Rang dieser Stadt.

Auch auf diesem Gebiet hat sich in Atmosphäre und Substanz Entscheidendes in nur zwei Jahren verändert, das dauerhaft weiterwirkt. Die Qualität der Berliner Hochschulen bessert sich vor allem durch eine besonnene Berufungspolitik. Art und Umfang der Forschungseinrichtungen machen Berlin zu einem Wissenschaftszentrum. 10 Prozent der in der Bundesrepublik tätigen Wissenschaftler arbeiten in Berlin. Die Schaubühne konnte im Herbst 1981 ihr neues Domizil am Lehniner Platz beziehen. Wichtige Ausstellungen wie die provozierenden Zeitgeist-Ausstellungen erregten die Gemüter. Bedeutende Fachtagungen im Dialog zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd bot Berlin das geeignete Forum. All dies sind nur Beispiele für das, was man in einem ganz neuen Sinne die „Berliner Luft“ nennen könnte.

**Das Zutrauen gegenüber Berlin ist im In- und Ausland gewachsen. Lange Jahre hin durch hatte es daran gefehlt. Der Trend ist umgedreht, die Weichen sind gestellt.**

Der Berliner Senat weiß sich in Übereinstimmung mit der Bundesregierung, er ist dankbar für die materielle und immaterielle Unterstützung aus Bonn. Ohne Selbstgefälligkeit, aber selbstbewußt formulierte der Regierende Bürgermeister, Richard von Weizsäcker, in seiner Bilanz zur Halbzeit der Legislaturperiode im Juni 1983: „Wir nehmen nicht für uns in Anspruch, die Probleme gelöst zu haben, aber wir haben gezeigt, daß wir sie in Angriff nehmen und daß sie lösbar sind. Uns leitet begründete Zuversicht für die Zukunft Berlins.“